

Ärger über den Schülertransport

Bürgerbeauftragter: Behörden sollten mehr auf Sicherheit der Schulwege achten – Im Vorjahr 2411 Eingaben

MAINZ (nob). Beim rheinland-pfälzischen Bürgerbeauftragten Dieter Burgard sind im vergangenen Jahr mehr Beschwerden über Mängel bei der Schülerbeförderung eingegangen.

Wiederholte Klagen von Bürgern habe es zum Beispiel wegen überfüllter Busse gegeben, sagte Burgard gestern in Mainz bei der Vorlage seines Jahresberichts. Eine ganze Reihe von Petitionen sei eingereicht worden, weil Eltern der kostenlose Transport ihrer Kinder zur Schule verweigert worden war. In Rheinland-Pfalz werden keine Fahrtkosten erstattet, wenn der Schulweg sicher ist und kürzer als zwei Kilometer (Grundschüler) beziehungsweise vier Kilometer (Kinder ab Klassenstufe 5). Der Landesrechnungshof hatte Landkreise und Städte ermahnt, diese Regeln streng einzuhalten.

Burgard kritisierte gestern, einige Kommunen hätten sich in der Folge ihre Entscheidungen möglicherweise zu leicht gemacht. So berichtete der Bürgerbeauftragte unter anderem von einem Fall in der Südpfalz. Dort war der Marsch über einen unbeleuchteten Wirtschaftsweg von der Verwaltung als kürzester und sicherer Schulweg gewertet worden. Burgard appellierte an die Kreise und Städte, die Sicherheit der Schulwege genauer unter die Lupe zu nehmen,



Die Schülerbeförderung sorgt mancherorts für Streit.

ARCHIVFOTO: IVERSEN

bevor ein Antrag auf Kostenübernahme abgelehnt wird.

Seit vergangenen Sommer ist der Bürgerbeauftragte zugleich Beauftragter für die Landespolizei und damit Anlaufstelle bei Beschwerden über die Arbeit der Polizei sowie Anlaufstelle für Polizisten bei internen Problemen in den Dienststellen. Die

Gesetzesänderung war auf heftige Kritik von Opposition und Polizeigewerkschaften gestoßen. Diese sahen darin eine reine Symbolpolitik und befürchteten die Stigmatisierung der Polizisten. Auch vor der Neuregelung konnten Bürger bei Konflikten mit der Polizei bereits polizeieigene Beschwerdestellen oder das Büro des

Bürgerbeauftragten direkt einschalten.

Burgard verteidigte die Neuerung als zusätzliche „niedrigschwellige Möglichkeit“ für den Bürger, Unmut loszuwerden. Allerdings sei die Zahl der Eingaben bisher „überschaubar“. Seit Sommer hätten sich 30 Bürger beim Polizeibeauftragten beschwert, oft über die ihrer Ansicht nach ruppige Behandlung bei Kontrollen. Die Zahl der Eingaben, die die Polizei betreffen, habe sich ungefähr verdoppelt. Meist sei es gelungen, die Wogen zu glätten. Bisher 18 Polizisten haben sich an den Beauftragten gewandt. Sie beklagten zum Beispiel Personalmangel in den Dienststellen.

Die Anzahl aller Beschwerden lag 2014 mit 2411 knapp unter dem Vorjahreswert von 2486. In zwei von drei Fällen konnten Burgard oder seine Mitarbeiter weiterhelfen. **EINWURF**

DER BÜRGERBEAUFTRAGTE

- Das Amt des rheinland-pfälzischen Bürgerbeauftragten ist 1974 eingerichtet worden, um die Stellung des Bürgers bei Konflikten mit staatlichen Stellen oder Kommunen zu stärken.
- Burgard hält regelmäßig Sprechstunden in allen Teilen des Landes.
- Infos im Internet unter www.derbuergerbeauftragte.rlp.de - Brief: Kaiserstraße 32, 55116 Mainz; Telefon: 06131/28999-0; Fax: 06131/28999-89; Mail: poststelle@derbuergerbeauftragte.rlp.de